

## **Aktionspläne in einzelnen EU-Ländern**

D e u t s c h l a n d

### **Ute Scheub**

Journalistin/ Publizistin; Mitglied des Deutschen Frauensicherheitsrat

Wir brauchen einen nationalen Aktionsplan!

Ich bin neidisch. Neidisch auf die anderen Länder, die der Forderung des früheren UN-Generalsekretärs Kofi Annan nachgekommen sind und nationale Aktionspläne zur Verwirklichung von Resolution 1325 entwickelt haben – mit welchen Schwächen auch immer. Denn in Deutschland gibt es keinen solchen Aktionsplan - trotz langjähriger Forderung des Frauensicherheitsrates danach. Wir haben zwar einen weiblichen Regierungschef, und wir erleben derzeit etwas, was es im patriarchal geprägten Deutschland noch nie gab: dass die laut Umfragen beliebtesten beiden Politiker weiblich sind – Bundeskanzlerin Merkel und Familienministerin von der Leyen. Aber dennoch hilft uns das in Sachen Aktionsplan nicht weiter.

Der deutsche Frauensicherheitsrat, um das noch zu erklären, ist ein ehrenamtliches Netzwerk von Aktivistinnen aus politischen Stiftungen, Menschenrechtsvereinigungen, Friedensinitiativen und Friedensforschungsinstituten. Es wird durch eine zehnköpfige Steuerungsgruppe gesteuert, deren Mitglied ich seit Gründung bin. Ich bin Autorin, also Künstlerin, also mag man es mir nachsehen, dass ich manchmal durch größtenwahnsinnige Ideen heimgesucht werde. Eine solche war die eines Weltfrauensicherheitsrates, die mich überfiel, nachdem der UN-Sicherheitsrat in den vergangenen Jahrzehnten bei der Sicherung des Weltfriedens immer wieder kläglich versagte, unter anderem weil seine fünf ständigen Mitglieder gleichzeitig die größten Waffendealer und Rüstungsexporteur der Welt sind: USA, Großbritannien, Frankreich, Russland, China; Deutschland ist zwar kein ständiges Mitglied, gehört aber auch zu den größten Waffenexporteuren. Mit Unterstützung der Böll-Stiftung haben wir Ende 2002 deshalb in einer internationalen Tagung gefragt: „Brauchen wir einen Weltfrauensicherheitsrat?“ Eine der damaligen Antworten lautete: Für erste sollten wir den Frauensicherheitsrat auf nationaler Ebene aufbauen, um Erfahrungen zu sammeln. Wir haben ihn dann im März 2003 gegründet, zu Beginn des Irak-Krieges und der zweijährigen

nichtständigen Mitgliedschaft der Bundesrepublik im UN-Sicherheitsrat.

In den vier Jahren seit unserer Gründung haben wir viele Aktivitäten gestartet, die Sie bei Interesse auf unserer Website [www.frauensicherheitsrat.de](http://www.frauensicherheitsrat.de) nachlesen können. Vor allem haben wir uns von Anfang an als Lobbygruppe für Resolution 1325 begriffen, die die Resolution in der Zivilgesellschaft besser bekannt macht und politischen Druck auf die Regierung auszuüben versucht, damit diese sie umsetzt. Wir haben Veranstaltungen durchgeführt, Aktionsbündnisse geschlossen und mit Abgeordneten und Regierungsmitgliedern diskutiert. Als die damals noch rotgrüne Regierung im Herbst 2004 in einem vom UN-Generalsekretär angeforderten Bericht sich selbst für ihre Maßnahmen zur Verwirklichung der Resolution lobte, haben wir zeitgleich in einem Schattenbericht die Schattenseiten dieser angeblichen Erfolgsbilanz veröffentlicht. Nur als Tipp für zivilgesellschaftliche Gruppen anderer Länder: Schattenberichte im Internet und anderswo können ein wirksames Mittel sein, um unwillige Regierungen auf Trab zu bringen.

Bei Gründung des Frauensicherheitsrates Anfang 2003 war die Resolution in Deutschland völlig unbekannt, in der Bundestagsdebatte zum Internationalen Frauentag 2007 haben sich weibliche Abgeordnete aller Fraktionen zu ihrer Umsetzung bekannt. Wir sind so unverschämt, das indirekt auch als Erfolg unserer Lobbyarbeit zu werten. Es heißt ja immer wieder, dass es etwa sieben Jahre Arbeit bedürfe, bis eine neue rechtliche Institution zu wirken beginnt. Beispiel: CEDAW, das UN-Abkommen zur Beseitigung aller Diskriminierung von Frauen. So gesehen können wir uns unserem kleinen und schwachen, weil rein ehrenamtlichen Frauensicherheitsrat auch mal auf die Schulter klopfen. Wir machen es auch nur ganz heimlich und verschämt.

Und dennoch sind wir sehr unzufrieden mit dem Erreichten, sowohl bei dieser Regierung unter Kanzlerin Merkel als auch bei ihrer Vorgängerin, der rot-grünen Regierung unter Kanzler Schröder. Es war der Macho Schröder mit seinem Raubtierlachen, der Frauenpolitik als „Gedöns“ abtat. Und es war der Macho Fischer mit seinem Seebullenblick, der als Außenminister nichts tat, um einen nationalen Aktionsplan zur Beförderung von Resolution 1325 auf den Weg zu bringen. Und das, obwohl – oder gerade weil - das Außenministerium vor allem in den höheren Etagen fast nur aus Männern besteht. Einige davon waren zwar guten Willens, mit ihnen haben wir auch

**Roadmap to 1325 Konferenz, Berlin, 4.-6. Mai 2007: Ute Scheub**

immer wieder geredet oder gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt. Aber insgesamt darf man, glaube ich, unbestraft behaupten, dass dieses wichtige Ministerium des wichtigen Landes Deutschland in der wichtigen EU über herzlich wenig Sachwissen in Sachen Gender & Conflict verfügt. Und das, obwohl die Frauenfrage im Zentrum der Konflikte in und mit der islamischen Welt steht.

Schon kurz nach seiner Gründung hat der Frauensicherheitsrat einen eigenen Entwurf für einen nationalen Aktionsplan vorgelegt. Ich zitiere einige unserer wesentlichen Punkte:

-In allen Friedensprozessen und in allen Gremien, die mit der Umsetzung von Friedensabkommen beauftragt werden, müssen mindestens 40 Prozent Frauen beteiligt werden.

-Beim Wiederaufbau kriegszerstörter Länder muss nachdrücklicher als bisher auf Gleichstellung geachtet werden. In den Kommissionen, die Verfassung und Rechtssystem des jeweiligen Landes ausarbeiten, müssen mindestens 40 Prozent Frauen sitzen. Das Gleiche gilt für die ersten Wahlen in einem Wiederaufbau-Prozess: Mindestens 40 Prozent der Sitze in den nationalen und regionalen Parlamenten müssen für Frauen reserviert werden.

-Besonders wichtig ist die Förderung und gleichberechtigte Beteiligung von Frauen im Sicherheits- und im Justizsektor. Bei der Ausbildung von PolizistInnen und RichterInnen müssen Frauen- und Menschenrechte sowie die Bekämpfung von sexualisierter und häuslicher Gewalt einen breiten Raum einnehmen.

-Frauen müssen in den Führungspositionen der UNO eine wesentlich größere Rolle spielen als bisher. Bis 2015 sollten mindestens 40 Prozent aller UN-Führungspositionen und Sonderbotschafterposten an Frauen gehen. Beim militärischem und zivilen Personal von UN-Friedensmissionen ist ebenfalls eine Frauenquote einzuführen.

-Eine UN-interne Monitoring-Group sollte damit beauftragt werden, dem UN-

**Roadmap to 1325 Konferenz, Berlin, 4.-6. Mai 2007: Ute Scheub**

Generalsekretär und den zuständigen UN-Gremien Bericht zu erstatten, ob diese Vorgaben befolgt werden.

Schon die Regierung Schröder hat trotz ihres Lippenbekenntnisses zu Resolution 1325 die Entwicklung eines solchen nationalen Aktionsplanes abgelehnt, und die Regierung Merkel hat dies bekräftigt. Ich zitiere aus einem Schreiben von Kanzlerin Merkel vom Januar 2006 an medica mondiale: „Viele Anliegen der Resolution 1325... haben bereits Eingang in verschiedene Aktionspläne der Bundesregierung gefunden. Auf nationaler Ebene setzt die Bundesregierung weiter den Aktionsplan `Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung´ um... Schließlich wird die Bundesregierung auch den Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen fortschreiben... Die neue Bundesregierung hat... den Willen bekundet, ...das Prinzip des Gender Mainstreaming im gesamten Regierungshandeln weiter umzusetzen. Dieser Querschnittsansatz gilt damit auch für die Umsetzung der Resolution 1325. Er bietet aus meiner Sicht bessere Aussichten, diese Ziele zu erreichen, als ein weiterer gesonderter Aktionsplan, da wir mit dem Mainstreaming-Ansatz in allen relevanten Politikbereichen viel flexibler auf aktuelle Probleme in Krisenregionen reagieren können.“

Ach, täten sie es nur! Wenn die Regierung tatsächlich in allen Bereichen die Rechte des jeweils unterlegenen Geschlechtes stärken würde, dann würden wir als Frauensicherheitsrat ja sofort unser Mäulchen halten. Aber dem ist nicht so. Resolution 1325 ist so umfassend, dass sie in der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik weder allein mit Gender Mainstreaming noch mit dem „Aktionsplan Zivile Krisenprävention“ noch mit dem „Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“ umzusetzen ist. Und deshalb brauchen wir und fordern wir weiterhin einen gesonderten nationalen Aktionsplan zu ihrer Verwirklichung.